

Mieterbund kritisiert Wohnungspolitik

Vorsitzender Schindler sieht „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ als gescheitert

Regensburg. Der Mieterbund Regensburg e.V. wird sich am „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ nicht weiter beteiligen. Das hat der Vorsitzende des Mieterbunds, Kurt Schindler, am Mittwoch mitgeteilt.

Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ wurde im Frühjahr 2017 gegründet, nachdem ein erster Versuch im Vorjahr gescheitert war. Im Bündnis sind vor allem Genossenschaften vertreten, außerdem die Stadtbau GmbH und das Immobilienzentrum. Schindler kritisiert, dass die Stadt weiterhin auf den Neubau teurer Wohnungen durch private Bauträger setze.

Auch der Geschäftsführer der Stadtbau, Joachim Becker, habe das Fehlen „kommunaler Schubkraft“ bemängelt.

Die Stadt sehe ihre Aufgabe darin, möglichst viel Baurecht zu schaffen und bei großen Bauprojekten auf einen Anteil von 20 Prozent sozialem Wohnungsbau zu achten. Die Stadt müsse aber durchsetzen, dass Areale, für die Baurecht besteht, auch zügig bebaut werden und nicht Preisspekulationen unterliegen. Ein „sozialer Wohnungs-

bau“ finde in Regensburg nicht statt, kritisiert Schindler. Seit 2002 stehe ausschließlich die einkommensorientierte Förderung (EOF) zur Verfügung. Eine mit EOF-Mitteln geförderte Wohnung sei keine Sozialwohnung. Für eine Sozialwohnung im klassischen Sinn bestehe nicht nur eine Belegungsbindung, sondern auch eine Preisbindung durch die Kostenmiete, während die Mieten für EOF-Wohnungen dem freien Spiel des Marktes unterlägen.

Mietspiegel wird sich als Mieterhöhungsspiegel darstellen

Eine mit EOF-Mitteln geförderte Wohnung als Sozialwohnung zu bezeichnen, sei Etikettenschwindel und täusche darüber hinweg, dass Investoren auch mit EOF-Wohnungen Profit machten. Die Anfangsmiete für eine EOF-geförderte Wohnung orientiere sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bereits nach einem Jahr sei der Vermieter berechtigt, die Miete nach den für frei finanzierte Wohnungen geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu er-

höhen. Die ortsübliche Vergleichsmiete ergibt sich aus dem Mietspiegel. Vor wenigen Tagen sei der Regensburger Mietspiegel 2018 in Kraft getreten. Dieser werde vom Mieterbund Regensburg abgelehnt. „Nach unserer Überzeugung wird der neue Mietspiegel sich als Mieterhöhungsspiegel darstellen“, sagte Schindler.

Der Mieterbund habe aber wesentliche Forderungen wie den Wegfall des pauschalen Zuschlags für die Wohnlage im Stadtwesten, den Wegfall des Zuschlags für freien Blick auf ein historisches Bauwerk und insbesondere den Wegfall der Zuschläge für einzelne Modernisierungsmaßnahmen, die von Mietern ohnehin durch mieterhöhende Umlagen finanziert werden, durchsetzen können. Auch sei der schwammige Begriff „Generalsanierung“ durch den klar definierbaren Begriff „Kernsanierung“ ersetzt und damit der irreführenden und teils missbräuchlichen Verwendung des bisherigen Begriffs Einhalt geboten worden. Bereits vor der konstituierenden Sitzung des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen“ habe der Mieterbund die Schaffung eines eigen-

ständigen Wohnungsamts mit qualifiziertem Personal gefordert, um die anstehenden Aufgaben sach- und fachgerecht zu bewältigen.

Schindler: Es muss wieder ein Wohnungsamt beim Sozialreferat geben

Die Marginalisierung des früheren Wohnungsamts zu einem unbedeutenden Anhängsel des Amtes für Stadtentwicklung sei ein Fehler gewesen, den es zu korrigieren gelte. Das Wohnungsamt solle seiner Aufgabenstellung entsprechend dem Sozialreferat zugeordnet werden. In seinen Aufgabenbereich müsste auch die Erstellung des Mietspiegels fallen, wie dies in anderen Städten, etwa München und Augsburg, gehandhabt werde.

Den Versuch, ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ zu installieren, betrachtet der Mieterbund als gescheitert, da der politische Wille, die derzeitigen Verhältnisse in Richtung einer dem Gemeinwohl verpflichteten Wohnungspolitik zu verändern, fehle. Der Mieterbund Regensburg sei nicht bereit, als Feigenblatt zu fungieren.